

H a u s h a l t s r e d e 2 0 1 3

Dienstag, 30. April 2013

Rat der Stadt Beckum

Christoph Pundt, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Beckum

Es gilt das gesprochene Wort:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Strothmann,
sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Beckum,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir kommen nun zu TOP 4 der heutigen Tagesordnung –relativ schnöde mit Haushaltssatzung 2013 überschrieben – Sachentscheidung:

Die als Anlage 1 zur Vorlage beigefügter Haushaltssatzung 2013 mit ihren Anlagen wird beschlossen.

An dieser Stelle bietet sich die Einleitung der Rede mit einem treffenden, witzigen oder ironischen Zitat an. Das überlasse ich aber gerne meinem Nachredner, der dafür ein Händchen hat.

Lieber Karsten, es sei an dieser Stelle einmal erlaubt festzustellen, dass mein Lieblingszitat von dir ist: „In der Pfütze ist die Fliege Admiral.“

Insofern freue ich mich jetzt schon auf dein einleitendes Zitat, ob ich mich über den Rest der Rede auch freuen soll, werde ich dann später spontan entscheiden.

1. H a u s h a l t

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt gute und es gibt schlechte Haushalte und die Frage ist immer, wonach soll man das beurteilen? Wenn man sich die reinen Zahlen anguckt, müsste man beim Haushaltsplanentwurf 2013 von einem schlechten Haushalt sprechen. Wir werden massiv das Eigenkapital angreifen müssen, das heißt die allgemeinen Rücklagen. Die Ausgleichsrücklage, die am 1. Januar 2009 noch circa 16,5 Mio. Euro betrug, war am 31. Dezember 2010 – also innerhalb von zwei Jahren – verbraucht. Die allgemeine Rücklage, die zum 1. Januar 2009 circa 95 Mio. Euro betrug, wird 2013 auf circa 83 Mio. Euro und im Jahre 2016 auf 75 Mio. Euro abgeschmolzen sein: Insgesamt ein Eigenkapitalverbrauch in Höhe von fast 35 Mio. Euro in acht Jahren! Dieses Ergebnis wäre im Bereich der berühmten freien Wirtschaft eine Katastrophe. Jetzt muss man sicherlich die Besonderheiten des NKF berücksichtigen, das heißt das durch den hohen Anteil an Zuschüssen und Fördermaßnahmen von teilweise 80 Prozent bei größeren Baumaßnahmen, die Investitionen nur zu 20 Prozent aus dem Stadtsäckel finanziert werden, die Abschreibungen aber 100 Prozent betragen; insofern ist ein direkter Vergleich mit der freien Wirtschaft äußerst schwierig und vielleicht auch etwas fragwürdig.

Wenn wir uns das Jahr 2013 nun betrachten, liegt die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage sicher nicht daran, dass wir ein Ausgabe-, sondern ein Einnahmeproblem haben.

Herr Bürgermeister Dr. Strothmann hatte dies in seiner Haushaltsrede am 13. Dezember 2012 klar und deutlich zum Ausdruck gebracht.

Zum einen haben wir circa 4,1 Mio. Euro weniger Schlüsselzuweisungen – dies wird sich durch das Gemeinde-Finanzierungsgesetz 2013, zu dem ich später sicherlich noch die eine oder andere kritische Anmerkung machen möchte, im Jahre 2014 – weil dort die Referenzperiode zweites Halbjahr 2012 und erstes Halbjahr 2013 zugrunde liegt – ausgeglichen werden.

Weiterhin fehlen uns circa zwei Mio. Euro an Gewerbesteuern; dies ist zum großen Teil auf die individuellen Probleme oder Steuergestaltungen von drei Unternehmen zurückzuführen, die leider oder Gott sei Dank zu unseren größten Gewerbesteuerzahlern zählen: Der Hinweis auf Stahlwerke in Brasilien soll an dieser Stelle völlig genügen.

Dazu kommt noch ein relativ hoher Tarifabschluss im öffentlichen Dienst – den Mitarbeiterin in der Stadtverwaltung sei dies ausdrücklich gegönnt – sowie eine Erhöhung der Kreisumlage um circa 500.000,00 Euro.

Diesen „Verlust“ kann man nicht mehr durch sinnvolle Spar- und Konsolidierungsbemühungen auffangen.

Ich denke, wir, das heißt alle im Rat vertretenen Fraktionen, haben vor einigen Jahren – nach ausführlichen Diskussionen – ein umfangreiches Sparpaket im Umfang von circa 1,8 Mio. Euro auf den Weg gebracht, von denen dann auch 1,6 Mio. Euro tatsächlich realisiert werden konnten. Ein außerordentlich gutes Ergebnis, das quer durch alle Fraktionen getragen wurde und wofür ich mich an dieser Stelle auch einmal herzlich bei Ihnen allen bedanken möchte.

Kurzum: Wenn man sich die konkreten Zahlen anschaut, müsste man eigentlich von einem schlechten Haushalt sprechen – auch wenn es einen kleinen Lichtblick gibt, nämlich die langfristigen Verbindlichkeiten, die sich im Jahre 2001 von circa 70 Mio. Euro bis zum Jahre 2010 auf 58,6 und im Jahre 2013 auf 53,2 Mio. Euro reduzieren werden; am Ende des Jahres 2016 werden es sogar nur noch 46,3 Mio. Euro sein – das heißt wir haben in dem Bereich in 15 Jahren circa 23 Mio. Euro Schulden abgebaut. Auch wenn die Kreditzinsen historisch niedrig sind, so ist doch keine Zinszahlung auf 23 Mio. Euro immer noch besser als eine niedrige Zinszahlung.

Insgesamt sind die reinen Zahlen des Haushaltes nicht schön – man könnte also auch sagen: Sie sind rot und rot ist nicht nur in der Politik nicht schön, sondern eben auch im Finanzbereich.

Viel entscheidender dafür, ob ein guter oder ein schlechter Haushalt vorliegt, dürfte aber der Inhalt desselben sein und hier möchte ich ausdrücklich von einem guten Haushalt sprechen.

Wir haben die Möglichkeit, mit diesem Haushalt weiter in unsere Infrastruktur, in den Klimaschutz, in Verkehrsprojekte, in Schulen, in Rad- und Fußwege, in die Belegung von Wohn- und Geschäftsvierteln – kurzum auf der gesamten Breite der Infrastruktur und des Lebens in der Stadt Beckum – in Qualität und Zukunft zu investieren.

An dieser Stelle möchte ich auf einige herausragende Bauinvestitionen hinweisen:

Dies ist zum einen der Mensa-Neubau für unsere neue Sekundarschule und das Energie-spar-Contracting mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von circa 4,75 Mio. Euro netto, das eine Vielzahl unserer städtischen Gebäude einen großen Schub im Bereich der Einsparung von Energiekosten bringen wird, insgesamt circa 30 Prozent an Heizkosten sowie 20 Prozent an Strom- und Wasserkosten, was circa 600.000,00 Euro Einsparung im Jahr (netto) ausmachen wird.

Neben dem Bau der neuen Mensa wird eine Fenstererneuerung und Fassadensanierung am Albertus-Magnus-Gymnasium erfolgen, eine Fenstererneuerung am Kopernikus-Gymnasium, und auch im Bereich des Asylbewerberheims an der Vorhelmer Straße wird eine Erneuerung (speziell des Heizkessels und des Warmwasserspeichers) erfolgen.

Aber auch die Verbesserung des Hochwasserschutzes, verbunden mit der naturnahen Entwicklung unserer Gewässer, im Jahr 2013 speziell am Ruenkolk, kann von uns durchgeführt werden.

Das Projekt Busbahnhof steht kurz vor dem Abschluss, ebenso der Bau der Wasserskianlage im Bereich Tuttenbrock. Diese Wasserskianlage kann – und davon gehen wir aus – ein Kristallisationspunkt für weitere Ansiedlungen im Freizeitbereich werden, so dass wir dort in einigen Jahren einen extrem hochwertigen Freizeitkomplex haben werden, dessen Attraktivität weit über die Grenzen der Stadt Beckum in die Region ausstrahlen wird und damit ein belebendes Element für das touristische Engagement Beckums sein wird.

Neben dem Freizeit- und Tourismusgebiet Tuttenbrock gibt es selbstverständlich noch das Gewerbegebiet „Obere Brede an der A2“, das von uns zur Zeit entwickelt wird und das uns die Möglichkeit bietet, in den nächsten Jahren Gewerbe, aber auch Industrie anzusiedeln, um Arbeitsplätze zu schaffen für unsere Beckumer Bürger, aber auch für Menschen von außerhalb, die dann nach Beckum ziehen und den Einwohnerschwund, dem wir in den nächsten Jahren ausgesetzt sein werden, abmildern werden. Insofern sind die dort getätigten Investitionen in Straßen und Kanäle eben nicht nur Investitionen in Gewerbe und Industrie, sondern mittelbar auch Investitionen in die gesamte Stadt Beckum.

Neben vielen kleinen und großen Projekten wird uns dieses Jahr noch der Masterplan in „Erneuerbare Energien“ beschäftigen – an dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank an Herrn Herbst und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dort extrem gründliche und ausführliche Vorarbeit geleistet haben!

Die Gründung des Abwasserbetriebes steht bevor, ebenso wie die aus unserer Sicht sehr vielversprechende Fusion von EVB und EVO. Insgesamt wird uns – und darüber freuen sich vor allen Dingen die Mitglieder des SDUK – die Arbeit nicht ausgehen.

2. Landespolitik und Bundespolitik

Lassen Sie mich an dieser Stelle den kommunalen Bereich verlassen und nach Düsseldorf und Berlin kommen:

Je nach politischer Farbenlehre ist nämlich jetzt Zeit, wechselweise auf Düsseldorf oder Berlin zu schimpfen. Da mein Nachredner wahrscheinlich gleich die Rot-Grüne Landesregierung unter Frau Kraft über den grünen Klee loben und feststellen wird, dass über das Gemeinde-Finanzierungsgesetz noch nie so viel Geld an die Kommunen verteilt würde wie unter Rot-Grün, bietet es sich geradezu an, dazu vorweg einige klarstellende Sätze zu sagen:

Soweit die Finanzierungsmasse für das Jahr 2013 so hoch ist wie nie zuvor, ist das nicht das Verdienst der Rot-Grünen Landesregierung, sondern das Verdienst der Bürger und Bürgerinnen und Unternehmen in diesem Land, die dieses Geld nämlich erwirtschaften.

„Verdienst“ der Landesregierung ist es, die Verteilmechanismen im Gemeinde-Finanzierungsgesetz so geändert zu haben, dass nunmehr auch die Städte, die einigermaßen ordentlich wirtschaften, in den finanziellen Abgrund gerissen werden und das nur für den Zweck, um die Städte im Ruhrgebiet, die überwiegend rot regiert sind (was wahrscheinlich Zufall ist), etwas zu stärken. Dieses Unterfangen ist aber völlig sinnlos, weil diese Städte auf einem Milliardenberg von Schulden sitzen, so dass ihnen die eine oder andere Million, die aus dem ländlichen Raum abgezweigt wird, auch nicht weiterhilft – der ländliche Raum ist auf dieses Geld aber dringend angewiesen.

Am Ende des Jahres 2011 hatten von 396 Städten und Gemeinden in NRW lediglich acht Kommunen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Diese acht Kommunen repräsentieren 0,6 Prozent der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen. Was hat Rot-Grün am Gemeinde-Finanzierungsgesetz nun übrigens geändert?

Die Rot-Grüne Landesregierung hat den Soziallastenansatz auf das 15,3-fache festgesetzt, was bei einem Grundbetrag von 565,00 Euro zur Schlüsselzuweisung pro Bedarfsgemeinschaft von circa 7.800,00 Euro führt. Damit legen wir die Zuweisung pro Bedarfsgemeinschaft um 85 Prozent über den Kosten. Der Verfassungsgerichtshof NRW hat diese Übernivellierung als nicht vereinbar mit der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen bezeichnet.

Daneben findet noch eine Übernivellierung durch den Kreisfinanzausgleich statt sowie eine unplausible Spreizung des Schüleransatzes. Insgesamt findet ein vollkommen – man möchte fast sagen schwachsinniger – vertikaler und horizontaler Finanzausgleich statt.

Da passt es gut ins Bild, dass der Verfassungsgerichtshof NRW Frau Kraft zum dritten Mal infolge einen verfassungswidrigen Haushalt bestätigt hat; man möchte sagen: Herzlichen Glückwunsch zu diesem lupenreinen Hattrick!

Dass Frau Kraft gegenüber den Beamten noch ihr Wort gebrochen hat und diese schon zum Teil ab dem gehobenen Dienst (A 10) nicht mehr an der tariflich festgelegten und vorher für alle versprochenen Einkommenserhöhung teilhaben lässt, was zu einem Sinken der Reallöhne in diesem Bereich führt, passt dort absolut ins Bild.

Die christlich-liberale Regierung in Berlin jedenfalls redet nicht nur über finanzielle Entlastungen der Kommunen, sondern sie setzt dies auch um. Ab 2014 werden die Kosten der Grundsicherung im Alter zu 100 Prozent vom Bund übernommen. Dies bedeutet eine spürbare Entlastung des städtischen Haushaltes.

Auch hat der Bund verstanden, dass die finanzielle Belastungen durch die Pflegekosten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind und daher in der neuen Legislaturperiode hier eine weitere spürbare finanzielle Entlastung der Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe erfolgen soll.

Die Kommunen sind das Fundament und die Keimzelle unserer demokratischen Grundordnung. Daher gilt es, auf allen politischen Ebenen alles dafür zu tun, diese nicht weiter zu schwächen, sondern ihren Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu erhalten.

3. Inklusion

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

neben den vielen kleinen und großen Aufgaben der Kommunalpolitik wartet noch eine weitere, viel größere gesellschaftliche Aufgabe auf uns: Ich meine die Integrationsaufgabe der Inklusion. Es wird nicht ausreichen, die Inklusion nur unter dem Blickwinkel der Schulentwicklung zu sehen. Inklusion bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe von Behinderten am gesamten Leben. Das schließt den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Einrichtungen mit ein, ebenso den Besuch von Theater- oder Museumsveranstaltungen, aber auch von Kneipen, Gaststätten und Restaurants. Hier sind wir gerade im baulichen Bereich als Kommune stark gefordert (Geld werden wir dafür aus Berlin oder Düsseldorf nicht bekommen – das kennen wir ja), aber daneben wird von uns noch ein stärkeres Engagement erwartet werden, dass Menschen mit Behinderung überall – und ich betone speziell das Wort überall – mitmachen können, denn erstens ist Behinderung kein Minderheitenthema und zweitens kann es jederzeit jeden von uns treffen.

Nach den Plänen der Rot-Grünen Landesregierung werden zukünftig für Förderschulen bestimmte Größenkriterien vorgeschrieben sein, die kaum eine Förderschule im Kreis Warendorf erfüllt. Soweit es dort keine Ausnahme oder Übergangsregelungen geben wird, werden diese Förderschulen schließen müssen; was das für die Eltern und vor allen Dingen Schüler bedeutet, möchte man sich gar nicht vorstellen. Wir müssen uns nämlich vor Augen führen, dass es durchaus Kinder gibt, die auf einer Förderschule eben erheblich besser gefördert werden als auf einer „normalen Regelschule“. Hier besteht dringender Nachbesserungsbedarf. Gerade im Kreis Warendorf haben wir mit erheblichen finanziellen Mitteln qualitativ hochwertige räumliche Voraussetzungen geschaffen. Die Landesregierung und speziell Frau Löhrmann ist aufgefordert, hier im Konsens mit den Kommunen und im Einklang mit den Wünschen der Eltern betroffener Kinder ein maßvolles Vorgehen zu realisieren.

4. Dank

Zum Schluss sei noch eine persönliche Bemerkung erlaubt:

Ich habe seit drei Monaten das Vergnügen, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Beckum zu sein. Und auch wenn jetzt möglicherweise der eine oder andere außerhalb der CDU grinst: Es ist ein Vergnügen – in Ihren Fraktionen mag das ja durchaus anders sein. Ich habe in diesen drei Monaten aber auch einen sehr fairen und offenen Umgang mit den anderen Fraktionsvorsitzenden erlebt, wofür ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei dir, lieber Karsten, bei dir, liebe Jutta, bei dir, lieber Gregor, und besonders natürlich bei dir, liebe Liz, bedanken möchte! Ich und die gesamte CDU-Fraktion freuen sich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung.

Ein ganz herzlicher Dank gilt an dieser Stelle Herrn Klaes und Frau Schlieper und Ihren Mitarbeitern für die tolle Erarbeitung des Haushaltsplans und die Unterstützung aller Fraktionen in den entsprechenden Ausschüssen.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2013 zustimmen.

Glückauf!